

Reinhold-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelder Zeitung.

65. Jahrgang

Verlagssort: Bocholt.
Verlagsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Preis: Abbestellung von der Redaktion 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten abbestellen 2.20 Pfg. monatlich, einschließlich 0.25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post 2.20 Pfg. monatlich. 0.85 Pfg. Postgebühren, auswärts 0.45 Pfg. Beleggeld 2.25 Pfg. — Anzeigen-Preis: für sämtliche Belegblätter 0.10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Text (81 Millimeter Breite) 0.90 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Postfach 14, Fernsprecher 3247. Annahmestelle für Anzeigen und Zusätze von Belegblättern: Bocholt, Dinsberger Straße 55 (L. Florad), Burloer Weg 3 (G. Hütten), Schwannstraße 2 (H. Unland), Schillerstraße 69 (S. Klotze), Osnabrückstraße 66 (D. Quersbach), Volsdamstraße 3 (H. Doves).

Nummer 288

Montag, den 18. Oktober 1937

Jahrgang 1937

Der deutsche Standpunkt zum neuen Freiwilligenplan.

Eine deutliche Erklärung des Botschafters von Ribbentrop. — Deutsche Handlungs-
freiheit im Falle der Nichteinigung.

Der Londoner Ausschuss auf Dienstag vertagt.

London, 16. Oktober.

Der Hauptunterausschuss des Vortages, den der Nichteinigungsausschuss trat am Samstagvormittag unter Vorsitz von Lord Plymouth mit fast halbstündiger Verspätung, also um 11 Uhr, im Foreign Office zusammen, um sich mit der Freiwilligenfrage zu befassen.

Der französische Botschafter Corbin legte einen aus fünf Punkten bestehenden französischen Plan vor.

Hierzu sollen die Ausländer so schnell wie möglich aus Spanien zurückgezogen werden. Kriegsführende Rechte sollen keine Parteien in Spanien gewährt werden, sobald eine Kommission an Ort und Stelle das Funktionieren der Jurisdiktion der Freiwilligen in bezug auf die „Beile“ festgestellt hat; Valencia und Salamanca sollen besetzt werden, eine gleiche Anzahl von Freiwilligen sofort heimzuführen, und ferner soll der Versuch von Dummhemmungen, der eine Wiedervereinigung der Kontrolle vorliegt, sobald als möglich in Kraft gesetzt werden.

Der französische Vertreter fügte hinzu, daß, falls nicht in kürzester Frist eine Lösung der Freiwilligenfrage erfolge, die französische Regierung sich völlige Handlungsfreiheit vorbehaltend, die Kontrolle der Freiwilligen übernehmen werde, falls nicht bald eine Lösung erfolge.

Der italienische Botschafter Graf Grandi betonte hierauf, daß die Jurisdiktion der Freiwilligen von Deutschland und Italien bereits mehrmals gefordert worden sei, und daß Italien nach wie vor zum britischen Plan in seiner Gesamtheit stehe. Grandi schlug hierauf vor, um diesen Plan zu verwirklichen, daß zunächst eine proportionale Anzahl von Freiwilligen

aus beiden Seiten in Spanien zurückgezogen werden soll und daß ein entsprechender Plan beiden Seiten in Spanien zu unterbreiten sei.

Botschafter von Ribbentrop wies zunächst darauf hin, daß das Verhalten Sowjetrusslands daran schuld sei, daß der britische Plan über die Jurisdiktion der Freiwilligen vor 25 Monaten gescheitert sei. Er betonte ferner, daß Deutschland nach wie vor für die Jurisdiktion der Freiwilligen sei. Er wandte sich hierauf gegen die Tendenz, auf einen Druck auszuüben, und betonte, daß Deutschland sich für den italienischen Vorschlag einsetze. Den französischen englischen Vorschlag werde er seiner Regierung unterbreiten.

Botschafter von Ribbentrop stellte eindeutig klar, daß nicht Deutschland und Italien die Schuld an der gegenwärtigen Unfriedenslage treffe, sondern das Sowjetrussland die Verursacher habe.

Zum Schluß kündigte er an, daß auch Deutschland sich aller Vorurteile nach Handlungszeit nehmen würde, wenn die anderen Mächte das täten.

Der sowjetrussische Botschafter Maity äußerte sich völlig negativ und verweigerte darzulegen, daß die Nichteinigung völlig gescheitert sei, und daß nichts mehr übrigbleibe, als den Sowjetrussland Waffen zu liefern. Er erklärte sich aber trotzdem bereit, den englisch-französischen Vorschlag seiner Regierung zu unterbreiten.

Nachdem hierauf noch der französische Botschafter gesprochen hatte, erklärte Lord Plymouth, es sei ein genügendes Fortschritt damit erreicht worden, daß alle Vertreter sich bereit erklärt hätten, den englisch-französischen Vorschlag ihren Regierungen zu unterbreiten. Er erklärte sich damit einverstanden, daß die nächste Sitzung auf Dienstag um 10 Uhr anberaumt werde.

Am Montag tritt um 14.30 Uhr ein Sonderausschuß zur weiteren Beratung des Berichts von Dummhemmungen zur weiteren Vervollständigung der Kontrolle zusammen.

In der Dienstagssitzung des Hauptunterausschusses soll die Aussprache im eigentlichen Sinne beginnen. Außenminister Owen werde, heißt es, in Abwesenheit von Lord Plymouth den Vorsitz führen.

2. die Garantien, die gefunden werden müssen, damit die ausgelassenen Freiwilligen nicht wieder zurückkehren.

Der erste Punkt hängt vorwiegend von den beiden spanischen Parteien selbst ab, der zweite Punkt von der Fähigkeit dieses Ausschusses, ein wirksames Kontrollsystem in Spanien wiederherzustellen. Gelingt dies nicht, so ist die Auslösung der Freiwilligen aus Spanien von vornherein sinnlos. Die Frage der Kontrolle ist daher eine primäre und muß gleichzeitig mit der Durchführung der Auslösung einer befriedigenden Lösung zugeführt werden.

V. Was nun die Einstellung der beiden spanischen Parteien zu dem Problem der Jurisdiktion der Freiwilligen betrifft, so ist es meiner Auffassung nach klar, daß General Franco das Recht als kriegsführende Partei anerkannt zu werden, für sich beanspruchen wird. Ich weiß nicht, ob und welche Veränderung die Einstellung einiger Ausschußmitglieder seit dem Sommer erfahren hat, aber ich hoffe, daß man sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat, und daß nunmehr alle im Ausschuß vertretenen Mächte bereit sind, General

Tschechische Polizisten mißhandeln judetendendeutsche Abgeordnete.

Unerhörte Vorfälle.

DNB Prag, 17. Oktober.

Nach einem stützungslosen Verlauf der großen Amtswahltagung der Sudetendeutschen Partei des Wahlkreises Lausitz in Stadthagen in Teplitz-Schönau ist es am Sonntag kurz nach 14 Uhr zu unerhörten Vorfällen gekommen.

Als Konrad Henlein der sich mit seinen Mitarbeitern in die Wohnung des Kreisleiters, Abg. Dr. Jippellius, begeben hatte, das Haus wieder verließ, um sich in seinem Wagen, der von der Hauswirtin, Frau Weimer, zu begeben, fanden sich rasch etwa hundert Personen ein, um ihn zu begrüßen. Drei Kutschen, die beim Wagen standen, forderten die Leute zum Auseinandergehen auf.

Als Henlein trat eine in Bereitschaft gehaltene Polizeibeamtens von 20 bis 30 Mann in Tätigkeit, kürzte auf den Wagen und die ihn umstehende Menge los und begann, ohne zum Auseinandergehen aufzufordern, mit dem Gummiknüppel auf die Menge einzuschlagen. In dem Augenblick, als der Abgeordnete Karl Hermann Frank den Wagen besteigen wollte, verurteilte die Polizei, ihn am Einsteigen zu hindern. Er wurde brutal aus dem Wagen zurückgedrängt, während ein anderer Polizist mit dem Gummiknüppel zum Schlag gegen ihn ausholte, Frank, der in der linken Hand eine Aktentasche und eine Abgeordneten-Identifikationskarte hielt, konnte den Schlag mit der rechten Hand abfangen. Darauf schlugen sich drei weitere Polizisten auf ihn und schleppten ihn ins Polizeigebäude. Während Henlein, Jippellius, Frank und andere über deren Köpfe hinweg auf ihn mit Gummiknüppeln einfielen.

Zur gleichen Zeit wurde der Abgeordnete Ernst Runder, der die Polizei auf ihr ungesetzliches Verhalten aufmerksam machen wollte, trotz seiner Identifikationskarte als Abgeordneter gepöbeln und rüddeln über die zur Polizei führende Treppe hinabgedrängt. Der Abgeordnete Kellner, der auch gegen dieses rüddelnde Vorgehen protestieren wollte, wurde ebenfalls mit Faustschlägen mißhandelt.

Der verarmten Menge bemächtigte sich eine ungeheure Erregung, die sich in empörenden Rufen Luft machte. Außer dem Abgeordneten Karl Hermann Frank wurden aus dem gleichen Anlaß weitere Personen verhaftet und in Polizeigewahrsam genommen.

Die unglaublichen Vorfälle fanden ihre Fortsetzung im Polizeigebäude. Abgeordneter Frank wurde dort erneut mißhandelt. Er wurde durch einen brutalen Faustschlag auf die Halsgegend verletzt. Mitterweile hatten sich die Abgeordneten Dr. Jippellius, Sandner und Birle den Einlaß in den Amtsräum erzwungen. Selbst in deren Anwesenheit ließ ein höherer Polizeibeamter, ohne daß seine angewandten Vorgehensmaßnahmen dagegen erhoben hätten, Frank mit beiden Händen gegen die Brust. Einer der Verhafteten wurde hinter einen Vorhang von Polizisten derart perzipiert, daß er vor Schmerz gellende Schreie ausstieß.

Die mißhandelten Abgeordneten Frank, Runder und Kellner sowie die als Augenzeugen anwesenden Abgeordneten Birle, Dr. Jippellius und Sandner haben die Festlegung schriftlicher Protokolle durch und protestierten auf das Schärfste gegen das rüddelnde Vorgehen der Polizeibeamten. Birle, Dr. Jippellius und Sandner begaben sich sofort zum Leiter der Teplitz Staatspolizei, Dr. Soukup, und bekanden auch dort auf der schriftlichen Niederlegung ihrer Auslagen.

Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei haben mitgeteilt, daß diese Vorfälle auch Gegenstand einer scharfen Interpellation und einer Vorprache im Innenministerium sein werden.

ral Franco kriegsführende Rechte zuzuerkennen. Wenn dies zutrifft, so ist meine Regierung bereit, kriegsführende Rechte den Valencia-Wachhabern trotz schwerster grundsätzlicher Bedenken ebenfalls zuzubilligen.

Was nun die Frage der gegebenen Garantien für die Auslösung der Freiwilligen anbetrifft, so enthält der Sachverständigenbericht zwar bestimmte Vorschläge, aber es bleibt dies bei den roten Spaniern nach wie vor die schwierigste Frage des ganzen Freiwilligenproblems. Hier sind meiner Auffassung nach die heutigen Garantien unbedingt nötig.

Denn bei diesen freiwilligen Volksgewissen handelt es sich, wie wir alle wissen, meist um soziale Elemente, die von allen Teilen der Welt dort hingeströmt sind und die ihre Heimatländer meist nur sehr ungerne oder wohl gar nicht wiedersehen wollen. Die Frage erhebt sich: Sind die Valencia-Wachhaber überhaupt in der Lage, die verschiedenen Elemente ohne Anwendung von Gewalt zum Verlassen spanischer Bodens zu bewegen. Es besteht kein Zweifel, daß hier noch Probleme vorliegen, deren Lösung nur durch klare Entscheidungen möglich ist. Auf einfache Versprechungen der Valencia-Wachhaber in diesem Sinne kann sich jedenfalls meine Regierung nach den gemachten Erfahrungen nicht einlassen.

Denn was soll man schließlich von den Zusage der spanischen Roten sagen, wenn ihr Vertreter im Vortage und früherer Außenminister del Vano im Zusammenhang mit dem Plan in einer englischen Zeitschrift jetzt schreiben kann: „Die Tatsache, daß man zuließe, daß diese Frage (die Jurisdiktion der Freiwilligen) dem Londoner Ausschuss vorgelegt wurde, zeigt einen völligen Mangel an Ehrlichkeit seitens Frankreichs und Englands.“ Nun noch ein Wort zu der „berzogenen Lage“, wie man die heutige Tagesordnung bezeichnen hat. Eine gewisse internationale Presse verläßt seit einiger Zeit, die Arbeit des Nichteinigungsausschusses und untere

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

40 Polizisten knüppeln eine Ansammlung nieder.

Ein weiterer Vorfall in Teplitz-Schönau.

DNB Prag, 17. Oktober.

Ein weiterer Übergriff der Staatspolizei in Teplitz-Schönau ereignete sich in den Abendstunden nach der Amtswahltagung der Sudetendeutschen Partei. Der Abgeordnete Richter, der den Abgeordneten Dr. Jippellius besuchen wollte, wurde, als er vor dem Wohnhaus Dr. Jippellius zu den Fenstern hinaufwinkte, plötzlich von einem Wachmann aufgefordert, weiterzugehen. Als Richter sich legitimierte, rief der Polizist einen zweiten Wachmann herbei. Beide packten Richter und schleppten ihn in das Polizeigebäude. Hier beschwerte sich Richter, daß dieses Vorgehen gegenüber Parlamentariern einzig dastünde, worauf ihm ein höherer Beamter antwortete, daß sei ihm vollkommen gleichgültig.

Die Verhaftung Richters hatte einen großen Aufschau zur Folge. Gegen diese Ansammlung ging plötzlich ein Polizeitrupp von 40 Mann vor, und ohne Aufforderung zum Auseinandergehen schlugen die Schergen mit dem Gummiknüppel auf die Menge ein. Der Abgeordnete Sandner, der mit Senator Viehm vom Fenster der Wohnung Dr. Jippellius aus Zeuge des Vorfalles gewesen war, wollte den diensthabenden Beamten über den Zwischenfall aufklären, wurde aber, ohne Gehör zu finden, von einigen Polizisten mit aller Wucht aus der Tür der Wache gestoßen.

Sudetendeutsche Juristen protestieren bei Hodza.

DNB Prag, 17. Oktober.

Die Teilnehmer der 3. Tagung für öffentliches Recht der Sudetendeutschen Partei in Leitmeritz haben auf Grund der Vorfälle in Teplitz-Schönau die Sitzung am Sonntag Nachmittag sofort abgebrochen und ein Telegramm an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Hodza abgefaßt, in dem es heißt, die 170 versammelten sudetendeutschen Juristen hätten mit Enttäuschung erfahren, daß in Teplitz die Polizei mit dem Gummiknüppel eingeschritten ist. Sie läßen in diesem Vorfall ein Symptom von grundsätzlicher Bedeutung. Der Ministerpräsident wird unbedingt auf die Verantwortung gesetzt, die denen zukomme, welche die Verfolgungsgewalt über die Exekutive haben und nicht zu verhindern wissen, daß nachgeordnete Faktoren Zwischenfälle schaffen, die unerträglich seien für jeden rechtlich Denkenden und unberechenbar in ihren Auswirkungen für die Zukunft.

Sudetendeutsche Versammlung aufgelöst.

DNB Prag, 17. Oktober.

In Oberleutendorf im Böhmerwald fand heute eine Versammlung der Sudetendeutschen Partei statt, auf der der Abgeordnete Birle sprechen sollte. Da Birle jedoch durch die Vorfälle in Teplitz-Schönau am rechtzeitigen Kommen verhindert war, sprach Bezirksleiter Richter. Nach kaum 15-minütiger Rede wurde die Versammlung von den Vertretern der Staatspolizei aufgelöst.

Die Rede Ribbentrops.

London, 16. Oktober.

Die Rede des Botschafters von Ribbentrop vor dem Nichteinigungsausschuß hat folgenden Wortlaut: Herr Vorsitzender! Es sind jetzt zweieinhalb Monate, seitdem ich die Ehre hatte, in diesem Ausschuß zuletzt das Wort zu ergreifen. Damals wurde der britische Plan durch das Verhalten der Sowjetunion zum Scheitern verurteilt. In unserer schnelllebigen Zeit sind die Menschen — Politiker und Regierungen machen manchmal hier von keine Ausnahme — leicht vergeblich. Deshalb scheint es mir zum besseren Verständnis der heutigen Sitzung und der etwaigen weiteren Begebenheiten in diesem Ausschuß nützlich, nochmals daran zu erinnern, daß Ende Juli dieses Jahres der britische Plan, der von 26 der im Nichteinigungsausschuß vertretenen Staaten angenommen war, durch die Regierung der Sowjetunion, General Franco kriegsführende Rechte zuzubilligen, begraben wurde. Diese Feststellung muß ich lediglich der Ordnung halber nochmals treffen, damit keine Vernebelung der Schuldfrage eintreten kann und wir bei unseren heutigen Beratungen nicht von falschen Voraussetzungen ausgehen. Wenn die Delegierten unserer Länder nunmehr unter der Leitung unseres verehrten Vorsitzenden Lord Plymouth nach der Sommerpause hier zusammenkommen, um die Nichteinigungslage erneut zu prüfen, so kann ich dies im Namen meiner Regierung nur begrüßen.

Der Sinn der Zusammenkunft dieses Ausschusses soll, wenn ich ihn recht verstehe, die Wiederaufnahme des britischen Planes sein. Auch dies begrüße ich. Meine Regierung hat die Grundzüge des britischen Planes, bestehend aus:

1. der Wiedereinführung eines wirksamen Kontrollsystems;
2. weiteren zu treffenden Maßnahmen, um gewisse Lücken im Überwachungssystem durch die Gewährung der Kriegsführenden-Rechte zu schließen, und
3. der Jurisdiktion der Freiwilligen angenommen und steht nach wie vor hierzu.

Sie steht in der Durchführung desselben eine Möglichkeit, der Nichteinigung in Spanien einen wesentlichen Schritt näherzukommen.

Ich kenne den heutigen Standpunkt der Sowjetunion nicht. Wenn sie aber bereit ist, ebenso positiv an der Durchführung des britischen Planes mitzuwirken, wie sie früher im negativen Sinne wirkte, so kann man vielleicht optimistischer sein. Wenn darüber hinaus die anderen Teilnehmer von heute ab nicht wie früherzeit im Juli eine mehr oder weniger unbedingte Haltung einnehmen, so wäre uns dies besonders willkommen.

Da es aber gut ist, von vornherein klare Verhältnisse zu haben, möchte ich namens meiner Regierung erklären, daß nur die Behandlung des britischen Planes in seiner Gesamtheit hier in Frage kommen kann. Die Behandlung eines Teiles des britischen Planes würde uns bald wieder in eine Sackgasse führen.

Dies müssen wir vermeiden. Was nun die Frage der Freiwilligen und deren Jurisdiktion betrifft, so sind in

der internationalen Presse in den letzten Wochen und Monaten so viele abwegige Berichte über die historische Entwicklung dieses Problems sowie solch seltsame Kombinationen über seine weitere Behandlung aufgetaucht, daß ich — obwohl dies schon vor diesem Ausschuß geschehen ist — nicht umhin kann, nochmals die deutsche Einstellung zu diesem Komplex in folgenden Punkten kurz niederzulegen:

I. Am 13. August 1936 wurde von Deutschland und Italien der Vorschlag des Verbotes der Ausreise von Freiwilligen nach Spanien gemacht. Der Vorschlag wurde trotz wiederholten Drängens von England und Frankreich nicht angenommen. Damals wäre es ein leichtes gewesen, durch die Mächte von außen das Herbeintragen von Freiwilligen nach Spanien zu stoppen. Aber dies wollte man nicht. Heute, nachdem sie sich einmal in Spanien befinden, ist es natürlich ein schweres Problem geworden. Erst zu spät, nachdem die Freiwilligen nunmehr auch in das nationale Spanien gelangt sind, entschloß man sich zum Verbot. Die Schuld, daß überhaupt Freiwillige in Spanien sind, trifft daher keineswegs Deutschland und Italien.

II. Ende Januar 1937 wurde von der deutschen und italienischen Regierung der Vorschlag der Jurisdiktion der Freiwilligen in Spanien gemacht. Auch dieser Vorschlag fand nicht die Gegenliebe Englands und Frankreichs und fiel zunächst unter den Tisch. Erst später, als dies zweckmäßig erschien, wurde er wieder hervorgeholt. Und nun ist dieser deutsch-italienische Vorschlag seit einiger Zeit das dringende Verlangen Englands und Frankreichs geworden.

III. Wenn daher heute eine gewisse internationale Presse gewissermaßen England und Frankreich als den Vater dieses Gedankens der Jurisdiktion der Freiwilligen hinstellt, so muß Deutschland — und ich bin sicher, der italienische Kollege wird für Italien derselben Auffassung sein — dies als eine Entstellung und ein Täuschungsmanöver ablehnen.

Deutschland kann niemals Frankreich und England das Recht zubilligen, als Urheber und Führer des Gedankens der Jurisdiktion der Freiwilligen in diesem Ausschuß aufzutreten.

IV. Deutschland und Italien als Urheber dieses Gedankens sind nach wie vor bereit, die Frage der Jurisdiktion der Freiwilligen innerhalb des Gesamtrahmens des britischen Planes zu besprechen. Wenn die Diskussion hierüber aber fruchtlos sein soll, wenn wir wirklich zu einer Lösung kommen wollen, so muß meiner Auffassung nach die Frage mit dem gefundenen Meinungsstand angepaßt werden.

Entscheidend sind hierbei meines Erachtens zwei Gesichtspunkte:

1. die Garantien, die geschaffen werden müssen, damit wirklich sämtliche Freiwilligen von beiden Seiten ausgelassen werden;

